

Bildungspolitik | 18.09.2026 | Nr. 301/26

Beate Nielsen: TOP 33: Wir stärken bestehende Angebote mit Blick auf die Westküste

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Schulentwicklung ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unseres Landes. Und sie ist eine Aufgabe, die nicht an einer Stadtgrenze oder an einem Schulstandort endet. Sie betrifft Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Kommunen – in der Stadt genauso wie auf dem Land und selbstverständlich auch an der Westküste.

Genau deshalb ist unser Alternativantrag der richtige Weg. Denn wir sagen ganz klar: Wir müssen die unterschiedlichen Voraussetzungen in unseren Regionen berücksichtigen. Schulentwicklung muss sich an den tatsächlichen Herausforderungen vor Ort orientieren – und gleichzeitig das ganze Land im Blick behalten. Das gilt ganz besonders für die Westküste.

Die Westküste ist dünner besiedelt, die Wege sind länger und die Herausforderungen bei der Sicherung von Bildungsangeboten sind andere als in dichter besiedelten Regionen unseres Landes.

Mein Kollege Martin Balasus hat in der Debatte im Juni bereits wichtige Punkte angesprochen. Ich möchte deshalb heute weniger wiederholen, sondern vor allem eines herausstellen: Die Landesregierung sieht diese Herausforderungen. Und sie handelt.

Ein entscheidender Punkt ist die Lehrkräfteversorgung. Wir wissen, dass der Lehrkräftemangel regional unterschiedlich ausgeprägt ist. Gerade an der Westküste besteht in mehreren Kreisen ein besonderer Bedarf.

Deshalb gibt es mit Abordnung Plus ein Instrument, das gerade dort hilft, Planstellen zumindest vorübergehend zu besetzen und die Unterrichtsversorgung zu sichern.

Hinzu kommt der Anwärtersonderzuschlag für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in den Bedarfskreisen. Auch hier zeigt sich: Wir sprechen nicht nur über regionale Unterschiede – wir reagieren mit konkreten Maßnahmen darauf.

Auch die berufliche Bildung gehört zu einer guten regionalen Schulentwicklung. Der Masterplan Berufliche Bildung und der Erhalt aller Berufsschulstandorte schaffen

Verlässlichkeit – für junge Menschen und für die Ausbildungsbetriebe in unseren Regionen.

Und wir entwickeln auch die Bildungswege weiter. Die Stärkung der Kooperationen zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und Gymnasien sowie zwischen Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe und anderen Schulen erweitert die Möglichkeiten vor Ort. Gerade für die Westküste ist das wichtig, weil die Wege zu weiterführenden Schulen teilweise sehr lang sind.

Auch das Startchancen-Programm und die Berücksichtigung des Sozialindex bei der Ressourcenverteilung tragen dazu bei, Bildungschancen gerechter zu gestalten. Mit „Schule 2035“ haben wir darüber hinaus einen verbindlichen Rahmen für eine nachhaltige Schulentwicklung geschaffen.

Meine Damen und Herren, genau hier setzt unser Alternativantrag an. Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichförmigkeit. Wir brauchen nicht überall im Land exakt dieselben Schulstrukturen. Wir brauchen Lösungen, die zu den jeweiligen Regionen passen und gleichzeitig allen Kindern und Jugendlichen gute Bildungschancen eröffnen.

Der Wohnort darf nicht über die Zukunft eines Kindes entscheiden.

Deshalb wollen wir die besonderen Bedingungen der Westküste ernst nehmen, bestehende Angebote stärken und dort weiterentwickeln, wo es regional notwendig ist.

Unser Alternativantrag ist damit kein „Weiter so“. Er ist ein Auftrag zum Weiterdenken und Weiterentwickeln – auf Grundlage dessen, was bereits erreicht und angestoßen wurde. Die Westküste wird gesehen. Sie wird unterstützt. Und sie hat eine Perspektive. Genau dafür steht unser Antrag.